

Nr. **XIX. GP.-NR**  
1011  
1995 -04- 2 6

/J

**DRINGLICHE ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. Kostelka  
und Genossen  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend mögliche Gefährdung von Demokratie, Toleranz, Solidarität und Stabilität in  
Österreich

In einer Pressekonferenz am gestrigen Tag hat F-Chef Jörg Haider den Versuch unternommen, unbescholtene Bürger in ein Naheverhältnis zum extremistischen Terror zu rücken. So seien etwa SOS-Mitmenschen, Ostbahn-Kurti, Rudolf Scholten, Gabriel Lansky oder Peter Turrini "geistige Ziehväter des Bombenterrors". Dieser Versuch Haiders fügt sich nahtlos in die wiederholte Verharmlosung des Bombenterrors von Oberwart, den er mit dem sogenannten "Gesinnungsterror der politischen Linken" gleichsetzt. Angesichts der fortgesetzten Versuche, demokratiezersetzende Tendenzen zu verharmlosen, ist am Vorabend des 50. Geburtstages der Zweiten Republik Nachdenklichkeit geboten.

Österreich hat gerade heute Anlaß, stolze Zwischenbilanz über seine Entwicklung zu ziehen. Vor 50 Jahren hat Österreich die dunklen Jahre des Nazi-Regimes überwunden und seine Freiheit und Unabhängigkeit wiedererlangt. Die Zweite Republik verstand sich von Anfang an als Anti-These zu Gewalt, Intoleranz, Rassismus und politischem Haß.

Österreich im April 1945 war ein Land, in dem die Zerstörung und die destruktive Kraft des Krieges tiefe Spuren hinterlassen hatte. Trümmer und Schutt, dazwischen ausgemergelte Menschen, bestimmten über weite Teile das Bild unseres Landes. Den Menschen blieb nichts als ihre Hoffnung und der Glaube an die eigene Zukunft.

Österreich im April 1995 ist ein Land, das über einen beachtlichen Wohlstand, sozialen Frieden und eine hochentwickelte Demokratie verfügt. Heute zählt Österreich laut OECD zu den acht reichsten Ländern der Welt. Unser Bildungswesen, die innere Sicherheit und unser Sozialsystem gelten international als vorbildhaft. Um unseren sozialen Frieden beneidet uns die ganze Welt. Österreichs Weg in den vergangenen 50 Jahren ist eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht.

Die Erfolge der Zweiten Republik sind somit eindrucksvoll. Dennoch sind wir gerade in letzter Zeit mit fundamentaler Kritik an ihren Bauprinzipien konfrontiert. Von einer "autoritären Entwicklungsdemokratie" ist da die Rede. Ganz generell wird analysiert: "Die auf den Boden der Aufklärung gewachsenen, für Europa prägenden Ideen und Gesellschaftssysteme sind überholt, am Ende oder überhaupt gescheitert."

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wird versucht, Unsicherheit in unserem Land zu erzeugen. Dazu paßt es, daß ein Parteiführer als von ihm verstandene Konsequenz eines NATO-Beitrittes sich in diesem Zusammenhang sogar noch für eine Stationierung von Atomwaffen auf österreichischem Staatsgebiet ausgesprochen hat. Jeder, der auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik auch nur über ein Grundwissen verfügt, weiß, daß es selbst für NATO-Mitglieder keine unmittelbare Verpflichtung gibt, Atomwaffen auf ihrem Staatsgebiet zu stationieren, und daß es auch in der Realität eine Reihe von NATO-Staaten gibt, die keine Lagerung von Atomwaffen auf ihrem Gebiet zulassen.

Auch in der Wirtschafts- und Währungspolitik bedeuteten die vergangenen 50 Jahre Stabilität, breiten Wohlstand und die Minimierung verteilungspolitischer Konflikte. Würde man von den zugrundeliegenden Prinzipien abgehen und die Hartwährungspolitik zugunsten gewisser steuer- und budgetpolitische Vorschläge, die eine massive Umverteilung von Ärmern zu Reichen brächten, aufgeben, käme das einer Aufkündigung des sozialen Friedens im Lande gleich. Die exzessive Zunahme verteilungspolitischer Konflikte wäre die logische Konsequenz. Das Prinzip der Zwei-Drittel-Gesellschaft hätte gegen den Gedanken der Solidarität gesiegt.

Die Zweite Republik hat das Gemeinsame vor das Trennende gestellt. Es wurde keine neue Verfassung geschaffen, sondern die Verfassung aus der Zeit vor dem Faschismus wiederhergestellt. Mit dem gleichen verfassungsrechtlichen Rahmen, wie er während der Ersten Republik bestanden hatte, konnten in der Zweiten Republik stabile politische Verhältnisse geschaffen werden, die zu einem beispiellosen Aufschwung an Wirtschaftskraft, Wohlstand, sozialer Sicherheit und Ansehen im Ausland geführt haben.

Diese Errungenschaften konnten nur deswegen erreicht werden, weil alle gesellschaftlichen Kräfte innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens zusammengewirkt haben und jede Gruppierung auf die Interessen der anderen Rücksicht genommen hat. Dazu gehörte auch, daß die verfassungsrechtlichen Einrichtungen nicht genutzt wurden, um dem jeweiligen anderen zu schaden, sondern aufeinander Rücksicht zu nehmen.

Die Sozialpartnerschaft ist der, im Ausland viel bewunderte, Ausdruck dieses "Aufeinander-Rücksichtnehmens", das zumeist gesellschaftliche Zerreißproben erst gar nicht entstehen läßt. Sie ist daher auch ein wesentliches Element der Verfassungskultur der Zweiten Republik, ohne die ihr Erfolg nicht erklärbar wäre. Es ist kein Zufall, daß gerade diese konsensuale Inanspruchnahme der verfassungsrechtlichen politischen Rechte zum Hauptangriffspunkt von jenen wird, die anstelle des Konsenses den Konflikt wollen.

Die vielfältige wechselseitige demokratische Kontrolle der staatlichen Institutionen soll unter dem Schlagwort einer "Dritten Republik" leichtfertig durch einen alles bestimmenden starken Mann ersetzt werden, der in sich die Funktionen eines Bundespräsidenten und eines noch zusätzlich gestärkten Bundeskanzlers vereint und der unter dem Vorwand seiner Direktwahl keiner demokratischen Kontrolle mehr unterliegt.

Noch ist die politische Stabilität in Österreich nicht gefährdet, doch gilt es den Anfängen zu wehren, die mit dem verfassungsrechtlichen Rahmen auch den politischen Inhalt der Zweiten Republik zerstören wollen, der den Österreicherinnen und Österreichern in einer bisher in der Geschichte nie dagewesenen Weise Wohlstand in Würde und Freiheit ermöglicht.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler nachstehende

### Anfrage:

1. Was ist von dem verfassungspolitischen Konzept zu halten, daß die Exekutive nicht mehr von parlamentarischen Vertretungskrpern kontrolliert, sondern von direkt gewählten Spitzen geführt wird?
2. Wie ist es unter demokratischen Gesichtspunkten zu beurteilen, wenn der dem Parlament verantwortliche Bundeskanzler abgeschafft und ein nahezu unabsetzbarer und nicht einmal wegen schuldhafter Rechtsverletzung vom Nationalrat anklagbarer "Kanzlerprsident" den Vorsitz in der Bundesregierung fhrt und Richtlinienkompetenz gegenüber den Bundesministern besitzt?

3. Halten Sie es für eine sinnvolle wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahme, beispielsweise die Kollektivvertragslöhne zu senken oder das soziale System Österreichs dadurch abzusichern, Arbeitslose zu gemeinnütziger Pflichtarbeit heranzuziehen?
4. Wie beurteilen Sie eine Haltung, die sich zwar gegen Atomkraftwerke wendet, aber für die Stationierung von Atomwaffen in Österreich eintritt?
5. Sind Sie der Auffassung, daß die Aufgabe der Hartwährungspolitik die wirtschaftlichen Interessen Österreichs besser sichern könnte?
6. Welche Konsequenzen hätte die Realisierung der obgenannten Forderungen für das internationale Ansehen Österreichs im Ausland?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage vor Eingang in die Tagesordnung zum frühest möglichen Zeitpunkt zu behandeln.